Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 155 | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Reklame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. — | Halver Montag, den 6. Juli | Erscheint wöchentlich 6 mal. Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild", „Des Landmanns Sonntagsblatt" und „Herd und Scholle" | 1925

Heute die Beilage:
„Zeitgeschehen im Wochenbilde."

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Antwort der Reichsregierung auf die Sicherheitsnote Frankreichs soll etwa Mitte Juli erteilt werden.

* Die erwartete große Debatte im Reichstag über den Stand der Außenpolitik findet einstweilen nicht statt, da die Deutsche Volkspartei die Einbringung ihrer darauf hinzielenden Interpellation vorläufig unterlassen wird.

* Dem Reichstage ist ein Gesetzentwurf über die Erhöhung der Militärrenten zugegangen.

* Die Verhandlungen zwischen den Bevollmächtigten Chinas und den Großmächten sind von chinesischer Seite abgebrochen worden.

* Die von dem Moskauer Gericht angeklagten deutschen Studenten Kindermann, Wolscht und von Dittmar sind zum Tode verurteilt worden.

Das Moskauer Todesurteil.

In dem seit etwa einer Woche in Moskau geführten Prozeß gegen drei deutsche Angeklagte, die Studenten Kindermann, Wolscht und v. Dittmar, hat das Gericht dem Antrage des öffentlichen Anklägers entsprochen und die Angeklagten, denen Pläne zu Terrorakten gegen die Sowjetbehörden nachgesagt wurden, zum Tode verurteilt.

*

Es wird nachgerade Zeit, daß die Moskauer Regierung gewisse asiatische Manieren ablegt.

In Leipzig beim Tschekaprozeß wird ein gewisser Skoblewsky verurteilt, über dessen Stellung innerhalb der russischen Regierung genaues nie zu erfahren war. Er arbeitet im Haus der Berliner russischen Botschaft; ihm wird nachgewiesen, daß er Kommunisten mit Waffen und Giften versorgt. Geheimnisvolle, nie ganz aufgedeckte Fäden verknüpfen ihn mit den „ausführenden" Organender Kommunisten. Nichts Neues ist das. Seit jenen Oktobertagen 1918, als im „Gepäck" des in Berlin eintreffenden russischen Botschafters Kopp eine Kiste platzte und darob der Bahnsteig mit — kommunistischen Propagandamaterial, Flugblättern und Schriften überdeckt war, hat Moskau niemals das geringste Bedenken gehabt, sich in innerdeutsche Verhältnisse einzumischen. Die Deutsche Kommunistische Partei nennt sich ja selbst eine „Sektion" der Moskauer III. Internationale. Bisher war das im internationalen Verkehr der Völker nicht gebräuchlich, wenigstens offiziell nicht. Moskau setzt sich über diese selbstverständliche Zurückhaltung hinweg. Es bestimmt die Politik der Kommunisten in Deutschland und unterstützt ganz offen eine Terrorpolitik unter Ausnutzung des Rechts der Exterritorialität der Botschaft und der russischen „Handelsvertretung" in Berlin. Man erinnere sich an den Fall Bozenhardt und die — leider recht ungeschickt inszenierte — Haussuchung. Die Auseinandersetzungen endeten damit, daß die deutsche Regierung sich entschuldigte.

Als Skoblewsky in Leipzig vor den Richtern stand, verhaftete man in Moskau drei Deutsche, die auf Einladung der Sowjetregierung dorthin gekommen waren. Und hat sie jetzt zum Tode verurteilt, nicht etwa, weil sie irgend etwas getan haben, irgend etwas auch nur zu tun versucht haben, sondern weil sie etwas zu tun angeblich die Absicht hatten. Weil sie, wie die Anklage lautet, im Auftrage der Organisation „Consul" Mordpläne gegen führende Mitglieder der russischen Kommunistischen Partei ausführen sollten. Weil sie ferner die Geheimnisse der kommunistischen Propaganda und ihrer Organisation offenbaren sollten. Selbst wenn das alles wahr wäre — in keinem Recht der Welt ist schon die Absicht strafbar, nur der Versuch, also die Tat.

Aber es ja völlig überflüssig, sich über die juristische Seite der ganzen Angelegenheit in Erörterungen zu ergehen — in der ganzen Welt gibt es niemanden, der nicht überzeugt ist, daß das Moskauer Urteil nichts anderes ist als der Versuch, ein Austauschobjekt für Skoblewsky zu schaffen. „Möge der Staatsanwalt den Justizmord vollenden," sagte einer der Angeklagten in seinem Schlußwort, und der andere schleuderte den Richtern ins Gesicht das Wort, das einst Brandenburgs Großer Kurfürst sprach: „Exoriare aliquis nostris ex ossibus ultor", „einst wird aus unseren Gebeinen uns ein Rächer erstehen". Vergebens war es, daß der frühere deutsche Reichskanzler Dr. Michaelis, der Vorsitzende der „Deutschen Studentenhilfe" — ihr gehörten die Angeklagten an — den rein sozialen Zweck dieser Vereinigung eidlich erhärtete, vergebens trat der bekannte deutsche Außenpolitiker, Professor Hoetzsch, der 1923 mit Unterstützung der Moskauer Regierung eine monatelange Reise durch Rußland machte, für die Angeklagten ein — der Justizmord war beschlossene Sache. In der Reiseapotheke seien Gifte aufgefunden worden — wie der eine Angeklagte beteuerte, waren sie vor der Untersuchung nicht drin — und das war das „Beweis"material.

Die Sache der drei „verurteilten" Deutschen ist Sache Deutschlands; wir können es nicht so einfach hinnehmen, daß deutsche Reichsangehörige den asiatischen Methoden der Sowjetregierung zum Opfer fallen. Wir haben uns viel, vielleicht allzuviel schon von dort aus gefallen lassen, aber dieses Bluturteil bringt das Gefäß zum Überlaufen. Der Deutsche darf in Rußland nicht vogelfrei sein. Derartige Vorkommnisse müssen uns veranlassen, unser völkerrechtliches Verhältnis zu Rußland einer Nachprüfung zu unterziehen. Hoffentlich wird die deutsche Regierung so schnell wie möglich in Moskau die notwendigen Schritte tun und den Sowjetgewaltigen mit aller Deutlichkeit zu verstehen geben, daß wir gewillt sind, uns mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln für unsere Volksgenossen einzusetzen.

*

Keine Berufung möglich.

Gegen das vom Obersten Gerichtshof in Moskau gegen die drei deutschen Studenten gefällte Urteil kann Berufung nicht eingelegt werden. Das Urteil ist endgültig. Den Verurteilten steht jedoch das Recht zu, innerhalb einer Frist von 72 Stunden nach Einhändigung des Urteils ein Gnadengesuch beim Zentralexekutivkomitee der Sowjetunion einzureichen.

Antwort an Frankreich Mitte Juli

Keine außenpolitische Debatte.

Berlin, 3. Juli.

Die in der gestrigen Beratung des Reichskabinetts besprochene vorläufige deutsche Antwort auf die Sicherheitsnote Frankreichs ist dem Vernehmen nach etwa zwischen dem 12. und 15. Juli zu erwarten. Über die Grundlinien der Beantwortung besteht im Reichskabinett Übereinstimmung. Die Vorlage eines Entwurfs im Kabinett ist alsbald zu erwarten.

Was bisher über den voraussichtlichen Inhalt der deutschen Antwort verlautete, war natürlich von Sonderansichten beeinflußte Kombination. Etwas mehr Anhalt bieten schon von der Deutschen Volkspartei in einer Sitzung ihrer Reichstagsfraktion beschlossene Richtlinien, da man annehmen muß, daß sie nicht ohne Einwirkung des Reichsaußenministers Dr. Stresemann zustande gekommen sind, zumal auch die von der Deutschen Volkspartei in den letzten Tagen angestrebte große außenpolitische Debatte im Reichstag zur Klärung der Lage unterbleibt.

Die Richtlinien der Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei stimmte der Initiative der deutschen Regierung zur Briand-Note bei, die im gegebenen Moment eingesetzt habe, um die Lösung der Sicherheitsfrage mit Deutschland, nicht gegen Deutschland herbeizuführen. Jedes Hineinziehen der militärischen Bündnispolitik sei abzulehnen. **Ein Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sei vor der Räumung nicht nur der Ruhr und des Sanktionsgebietes, sondern auch der ersten Rheinlandzone undenkbar.** Er setze Einigung über das Sicherheitsproblem, Ausschaltung der für Deutschland im Artikel 16 der Völkerbundsatzungen — Völkerbundsanktionen — liegenden besonderen Gefahren sowie Festhaltung der Grundsätze des deutschen Standpunktes über den Völkerbund voraus. **Er müsse zu einer Beseitigung der Beschlüsse des Völkerbundrats über die Militärkontrolle des Völkerbundes führen, soweit sie über den Versailler Vertrag hinausgehen. Werde das nächste Ziel des Paktes, Lösung der Sicherheitsfrage, erreicht, so werde sich die Notwendigkeit aufdrängen, Besatzung und Rheinlandabkommen den veränderten Verhältnissen anzupassen. Nur als Subjekt seiner Politik in voller Freiheit dürfe Deutschland östliche Schiedsverträge abschließen.** Garantie und Entscheidung über die Verletzung durch den Bundesgenossen eines Vertragsteiles seien mit völkerrechtlichen Grundsätzen unvereinbar. Eine Zusicherung friedlicher Lösung östlicher Konflikte werde durch diese Zurückweisung des französischen Garantieplanes nicht abgeschwächt.

*

Vertagte Aussprache im Reichstag.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei veröffentlichte eine Erklärung folgenden Wortlauts:

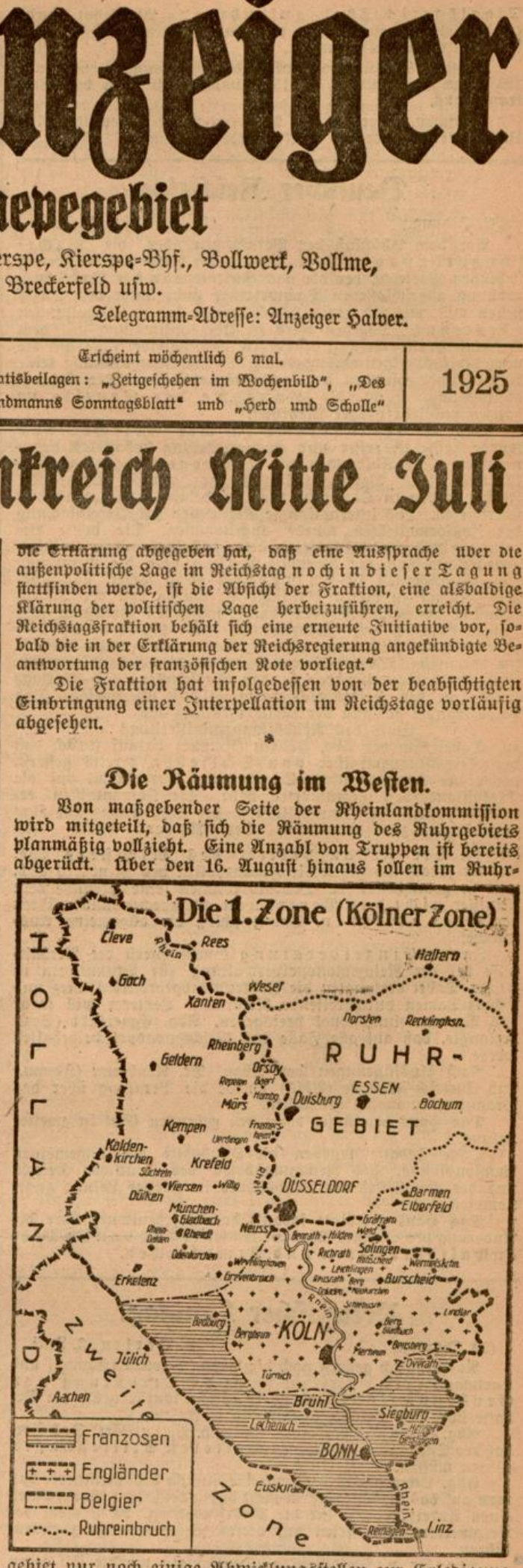
„Nachdem der Reichskanzler in seiner Besprechung mit Vertretern der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei diesen die Erklärung abgegeben hat, daß eine Aussprache über die außenpolitische Lage im Reichstag noch in dieser Tagung stattfinden werde, ist die Absicht der Fraktion, eine alsbaldige Klärung der politischen Lage herbeizuführen, erreicht. Die Reichstagsfraktion behält sich eine erneute Initiative vor, sobald die in der Erklärung der Reichsregierung angekündigte Beantwortung der französischen Note vorliegt."

Die Fraktion hat infolgedessen von der beabsichtigten Einbringung einer Interpellation im Reichstage vorläufig abgesehen.

*

Die Räumung im Westen.

Von maßgebender Seite der Rheinlandkommission wird mitgeteilt, daß sich die Räumung des Ruhrgebiets planmäßig vollzieht. Eine Anzahl von Truppen ist bereits abgerückt. Über den 16. August hinaus sollen im Ruhrgebiet nur noch einige Abwicklungsstellen zur Erledigung verwaltungstechnischer Formalitäten zurückbleiben. Ferner verlautet in französischen Kreisen, daß mit dem Abbau der Ruhrbesatzung auch die Räumung von Düsseldorf und Duisburg in Vorbereitung ist.



Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Keine öffentliche Bekanntgabe der Nichtwähler.

In einem Runderlaß des preußischen Innenministers werden die Gemeindebehörden darauf hingewiesen, daß es mit den zurzeit geltenden Wahlrechtsvorschriften unvereinbar ist, wenn eine Gemeinde nach einer öffentlichen Wahl oder Abstimmung die öffentliche Bekanntgabe der Personen beschließt, die von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch gemacht haben. Eine solche Maßnahme würde auf mittelbare Einführung der Stimmpflicht hinauslaufen, die bisher von den Parlamenten abgelehnt worden ist.

Kein Rundfunk im besetzten Gebiet.

Die Besatzungsbehörde fordert für die Aufstellung der Empfangsanlagen für den Funkdienst und deren Überwachung derartig hohe Gebühren, daß bei einer Besprechung in Mainz zwischen dem interalliierten Nachrichtenchef und einem Vertreter der Reichspost die Gebührenforderung der Besatzungsbehörde als untragbar abgelehnt werden mußte. Zudem wurde bei dieser Besprechung von dem interalliierten Nachrichtenchef betont, daß Anlagen, die nicht dauernd einer militärischen Kontrolle unterliegen würden, überhaupt nicht genehmigt werden können. Auch in bezug auf die Einrichtung des Unterhaltungsfunks im besetzten Gebiet wurden die gestellten Anträge abschlägig beschieden. Von der Reichsregierung sollen die Bemühungen um Zulassung des Rundfunks im besetzten Gebiet fortgesetzt werden.

Aufhebung der Preistreibereiverordnung.

Der Reichsrat genehmigte die Aufhebung der sogenannten Notstandsverordnungen. Es wurde beschlossen, die Preistreibereiverordnung gänzlich aufzuheben. Dagegen wird die Bestimmung über Preisverzeichnisse und Preisschilder noch nicht völlig beseitigt. Für den Handel mit Fleisch und Wurstwaren sind der Preisschilderzwang und die Vorschrift über die Preisverzeichnisse noch aufrechterhalten geblieben.

Holland.

× **Regierungswahlsieg in Holland.** Nach dem vorläufigen Gesamtergebnis der Wahlen zur Zweiten Kammer verteilen sich die Abgeordnetenmandate auf folgende Parteien: Römisch-katholische Staatspartei 30 (1922 32 Sitze), Antirevolutionäre Partei 13 (16), Christlich-Historische Partei 11 (11), Protestantische Reformpartei 1, Sozialdemokratische Partei 24 (20), Liberale Partei (Freiheitsbund) 9 (11), Freisinnige Demokraten 7 (5), Agrarpartei 1 (2), Katholische Volkspartei 1 (0), Protestantische Volkspartei 1 (0), Kommunistische Partei 1 (2). Die jetzige, aus den drei großen Rechtsparteien bestehende Regierungskoalition hat also mit 54 Sitzen die absolute Mehrheit behalten.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages hat beschlossen, daß, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, zu Lichtspielaufnahmen Kinder nicht zugelassen werden dürfen.

Leipzig. Der Rat der Stadt Leipzig hat dem Beschluß der Stadtverordneten auf Aufhebung der Beherbergungssteuer ab 1. Juli 1925 zugestimmt.

Dresden. Der sächsische „Barmat-Ausschuß" nahm einstimmig einen Antrag der beiden Berichterstatter an, worin festgestellt wird, daß die Geschäfte zwischen der sächsischen Regierung bzw. dem früheren Wirtschaftsminister Schwarz und den Barmats keinerlei Anlaß zu einer Bemängelung geben.

Dresden. Der Sächsische Landtag nahm einstimmig einen kommunistischen Antrag an, das Reich zu ersuchen, den

erwerbsfähigen Witwen (40 % statt bisher 30 % der Vollrente). Darüber hinaus soll die Versorgung der Kriegereltern durch Einführung einer Elternbeihilfe eine wesentliche Verbesserung erfahren. Der Empfängerkreis für die vom Bedürfnis abhängige Zusatzrente wird durch günstigere Gestaltung der Einkommensgrenzen erweitert werden und für Beschädigte, die 1923 wegen Minderung der Erwerbsfähigkeit um nur 20 % aus der Rentenversorgung ausgeschieden sind, ist eine einmalige Nachzahlung von 50 Reichsmark vorgesehen, wenn sie nur ein geringes Einkommen haben.

Auch für frühere Offiziere und Kapitulanten bringt der Entwurf Verbesserungen, z. B. Erhöhung der Verstümmelungszulage für Offiziere und der Zuschläge zum Witwen- und Waisengeld für ihre Hinterbliebenen, Erhöhung der Renten für Kapitulanten und günstigere Gestaltung der für sie geltenden R..gensvorschriften.

Lokales und Provinzielles.

Schalksmühle, den 4. Juli 1925

Feindliche Gewalten.

1. Mos. 2: Macht euch die Erde untertan und herrscht über sie.

Wir standen bei der Lokomotive, ehe unser Zug abging. Mein Junge wollte allerlei wissen, wie das Jungenart ist. „Vater, wie kommt das bloß: wenn man Wasser und Feuer zusammenbringt, dann sind sie doch Feinde?" „Man muß sie nur richtig zusammenbringen, mein Junge. Das lehrt schon jeder Kochtopf und das zeigt das Wunderwerk der Lokomotive. Richtig aufeinander eingestellt, ergeben die feindlichen Gewalten ein Neues, den Dampf, und mit ihm Spannung und Kraft, die vorwärtsbringt. Viele Jahrtausende hat es gedauert, bis der Menschengeist das gefunden hat. Aber nun hat er's gefunden und zwingt so die feindlichen Gewalten, unter seiner Leitung zum Schaffen, also zum Guten zu dienen. So hat es auch Gott gemeint, als er gebot: Macht euch die Erde untertan und herrscht über sie." Nachdenklich stand der Junge: „Vater, das ist doch schön!" „Ja, das ist schön. Aber nun paß mal auf. Solche entgegengesetzten Gewalten hat Gott nicht bloß in die Natur gelegt, sondern auch in die Menschenherzen. Auch du hast solche in dir: in deinen Gaben, Kräften und Wünschen und Empfindungen und Leidenschaften. Auch du sollst herrschen über sie. Lerne sie bändigen, wie das Feuer in der Feuerung und das Wasser im Kessel. Dann werden sie dir Kraft geben und Gutes schaffen für dich und andere. Tust du das nicht, sondern läßt sie sich austoben, dann zerstören sie viel in deinem Leben und verderben Mutters und mein Leben mit. Wenn Gott sagt: macht euch die Erde untertan, dann meint er nicht bloß die Kräfte in der Natur um uns, er meint auch die natürlichen Anlagen in uns. Das haben die Menschen leider viel zu wenig ernst genommen und darum ist so unendlich viel Schlimmes in der Welt, das nicht zu sein brauchte." Der Junge schwieg. Es war ihm wohl etwas zu hoch. Aber ein Fremder, der hinter uns getreten war, fügte hinzu: „Ja — so sollte es sein. Im einzelnen und in der Gesamtheit. Was nutzt alles Herrschen über die äußeren Gewalten, wenn die inneren nicht recht geleitet werden! Denken Sie, wenn unser deutsches Volk sich mehr Mühe gegeben hätte, alle seine reichen, herrlichen Kräfte richtig aufeinander einzustellen! Aber so — immer wieder haben sie sich wild gegenseitig zerstört. Warum muß das sein?" Ja, warum? Weil wir das erste Gottesgebot noch immer nicht ernst genug genommen und darum noch immer nicht richtig gelernt haben. Hoffentlich lernen es unsere Jungen besser. Dann erst geht's wirklich vorwärts mit uns.

P. H. P.

□ **Zur Wetterlage.** Die Besserung der allgemeinen Wetterlage, die in der letzten Juniwoche sich angebahnt hatte, wurde wesentlich beeinträchtigt durch eine Depression, die vom Schwarzen Meer nordwärts vordrang. Unter ihrem Einfluß, der sich im Laufe der Woche nach Westen ausdehnte, hatten wir meist trübes Wetter; in Polen, Tschechien und Österreich traten starke Regenfälle ein, die in Polen sogar zu Hochwasserkatastrophen führten. Die Temperaturen lagen in den ersten Julitagen in Mitteldeutschland morgens bei 15 Grad und entsprachen damit ungefähr den normalen Durchschnittswerten. Wenn dann auch im Südwesten ein neuer Tiefdruckwirbel auftauchte, so scheint doch der hohe Druck im Norden kräftig genug zu sein, um eine direkte Regenperiode zu verhindern. Abgesehen von vereinzelten Regenfällen dürfte das Wetter in Deutschland bei ziemlich starker Bewölkung meist trocken bleiben.

—hk **Empfang beim Reichspräsidenten:** Herr Reichspräsident von Hindenburg empfing am 17. Juni eine Vertretung des Deutschen Industrie- und Handelstags, die aus dem Präsidenten Herrn Franz v. Mendelsohn sowie, da Präsidial-Mitglieder durch Krankheit u. a. an der Reise verhindert waren, aus den Herren Dr. Grund, Präsident der Industrie- und Handelskammer Breslau, Kommerzienrat R. Kaufmann, Präsident der Handelskammer Stuttgart und dem ersten geschäftsführenden Mitglied des Präsidiums, Minister a. D. Hamm bestand. Herr v. Mendelsohn sprach dem Herrn Reichspräsidenten die ehrerbietigsten und wärmsten Wünsche des Deutschen Industrie- und Handelstages aus, denen dieser bereits unmittelbar nach der Wahl des Herrn Reichspräsidenten von der Vollversammlung aus Ausdruck gegeben hatte. Er legte kurz Wesen und Aufgabe des Deutschen Industrie- und Handelstags dar und gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß von diesem wie von den Handelskammern in der Zusammenfassung der verschiedenen Zweige von Industrie und Handel und im Zusammenwirken mit Vertretungen und Vereinigungen der engeren Berufszweige vieles zu einer inneren Einigung der Wirtschaftsstände geschehe und weiter geschehen werde im Sinne der Ueberwindung innerer Gegensätze, die dem Herrn Reichspräsidenten so sehr am Herzen liege. In der anschließenden Aussprache gab der Herr Reichspräsident Gelegenheit, in großen Zügen den gegenwärtigen überaus ernsten Stand der Wirtschaft und die Voraussetzungen zu erörtern, die von der Wirtschaft wie aber auch vom Staate besonders in der Steuergesetzgebung, in der Aufwertungsfrage und in der Handelspolitik erfüllt werden müßten, um über die gegenwärtigen Nöte, insonderheit über die Kapitalentblößung Deutschlands hinweg wieder zum Aufstieg zu kommen. Auch die Frage des Abbaus der Notwirtschaftsgesetzgebung und der sozialen Gesetzgebung wurden erörtert. Der Herr Reichspräsident nahm die Darlegungen mit großem Interesse entgegen und erklärte, daß er den erörterten Fragen gerne sein besonderes Augenmerk zuwenden wolle. Er gab der Zuversicht Ausdruck, daß Industrie und Handel, die neben der eigenen Notlage gewiß auch diejenigen anderer Berufe nicht verkennen, in der Betätigung oft erprobter Kraft und Arbeitsfreude die Wiederkehr einer besseren Lage für Wirtschaft und Volk sichern und in nicht zu ferner Zeit erleben mögen.

—* **Der Westfälische Feuerwehrverband** zählte am 1. April ds. Js. 690 Wehren mit insgesamt 37000 Mitgliedern. Unter letzteren sind 500 Jubilare mit je 25 bis 40 Jahren und 2 mit 50 Jahren Dienstzeit als Wehrmann. Der Verband hatte im Rechnungsjahre 1924—25 eine Einnahme von 22041 Mark und eine Ausgabe von 21172 Mark.

—* **Frische Milch in den Bahnhofswirtschaften.** Ein im Reichstage eingegangener deutschnationaler Antrag fordert Einwirkung auf die Reichsregierung dahingehend, daß die Bahnhofswirtschaften angewiesen werden, frische Milch zum Verkauf an die Reisenden bereit zu halten.

& **Halver,** 4. Juli. In Nr. 132 konnten wir mitteilen, daß der alte Halveraner Carl Voß nach 52 jähriger Abwesenheit von hier, während welcher Zeit er in Amerika eine zweite Heimat gefunden, nach hier besuchsweise zurückgekehet sei, um alte Bekanntschaften zu erneuern und zu ergänzen. Nach fast vierwöchigem Aufenthalte hierselbst, ist er gestern wieder abgereist, zunächst nach Bremen, um von dort heute mit dem Dampfer „Stuttgart" des Norddeutschen Lloyd seine Reise nach seiner überseeischen Heimat Homer im Staate Nebraska anzutreten, während der Dampfer „München" derselben Linie ihn nach Bremen gebracht hatte. Er steht im Alter von 70 Jahren, hat sich aber fest vorgenommen, nach fünf Jahren seine alte Heimat noch einmal zu besuchen, falls bis dahin eine höhere Gewalt dies nicht unmöglich gemacht hat.

Lüdenscheid, 4. Juli. Das Ergebnis der Volkszählung am 16. Juni 1925 im Stadtkreise Lüdenscheid ist jetzt festgestellt. Im hiesigen Stadtkreise waren am Zähltage 15644 männliche und 17025 weibliche, zusammen also 32669 Personen anwesend.

Lüdenscheid, 3. Juli. Ueberraschter Einbrecher. In der Nacht zum Dienstag stieg ein Einbrecher hier in die Schützenhalle ein und erbeutete eine Geldkasette mit ca. 300 Mk. Inzwischen war aber der Wirt durch ein Geräusch aufmerksam geworden. Er stellte sich sofort dem Einbrecher entgegen und es kam zu einem heftigen Kampf, in dessen Verlauf der Wirt den Einbrecher in die Hand biß, worauf dieser unter Zurücklassung seiner Beute fluchtartig verschwand. Nach der gegebenen Beschreibung kommt als Täter ein Kirmeßkrämer in Frage. Wie verlautet, soll in Hagen eine der Tat verdächtige Person festgenommen worden sein.

Siegen, 3. Juli. Das durchgeprügelte Fräulein. Ein nicht alltägliches Vorkommnis spielte sich auf dem Marktplatz ab, der infolge der Ausverkäufe sehr belebt war. Ein aus einem Geschäft kommendes Fräulein wurde draußen von einer bessergekleideten verheirateten Dame gestellt, und mit einem Spazierstock weidlich durchgeprügelt. Wie aus den erregten Aeußerungen der Dame hervorging, handelte es sich um ein Eifersuchtsdrama. Das Publikum ergriff Partei für die Dame, sie zur Verabreichung weiterer Prügel auffordernd. Der Stock sauste denn auch unaufhörlich auf das Mädchen nieder, bis es flüchtend seine in der Marburger Straße gelegene Wohnung erreicht hatte. Vielleicht war die Kur heilsam.

Schwerte, 4. Juli. Die Schwerter Provinzialstr. in der Strecke von der Fabrik J. D. Theile bei Ergste über Schalk bis zur Einmündung in die Provinzialstraße in Leimathe wird wegen Neudeckung sofort für den durchgehenden Fuhrwerks-, Kraftwagen-, Lastkraftwagen-Zugmaschinenverkehr bis auf weiteres gesperrt. Der Fuhrverkehr wird über Hennen—Iserlohn und umgekehrt umgeleitet.

Industrie und Landwirtschaft.

Der Reichsbund schreibt uns: Der Streit: Agrar- oder Industriestaat ist längst dahin entschieden: Agrar- und Industriestaat! Landwirtschaft und Industrie sind die beiden Säulen der deutschen Wirtschaft.

Die Preise für landwirtschaftliche und für industrielle Erzeugnisse müssen aufeinander abgestimmt sein. Gegenwärtig ist zwar die Industrie geschützt durch die in der Nachkriegszeit mehrfach erhöhten Zölle und außerdem besonders durch die Einfuhrverbote; dagegen steht die Landwirtschaft ohne Zölle da, obendrein beengt durch Ausfuhrverbote. Mithin ergiebt sich die Losung: Zurück zu gleicher Behandlung von Landwirtschaft und Industrie zurück auch zu einem geordneten Zollsystem, in dem landwirtschaftliche und industrielle Zölle aufeinander abgestimmt sind! Die Landwirtschaft kann auch ohne Industrie sein, wenn auch vielleicht nur in extensiver Form. Die Industrie aber kann heute nicht ohne Landwirtschaft sein. Ihr wird der Auslandsmarkt immer mehr verschlossen. Ist doch die Ausfuhr an Fertigwaren (1913: 4 Milliarden Wert) 1924 auf 58,7 Prozent zurückgegangen. Der Träger eines der besten industriellen Namen, Generaldirektor Vögler, sagt denn auch: „Der deutsche Inlandsmarkt ist abhängig von einer kaufkräftigen Landwirtschaft. Es ist von größter Bedeutung für die Lage der Industrie wieviel die 25 Millionen betragenden deutschen Landbewohner kaufen können. Das ist viel entscheidender als die Lage auf dem Ausfuhrmarkt."

Die in Betracht kommenden Produktionswerte werden in der Oeffentlichkeit meist übersehen. Sie betrugen nach Dr. Claassen 1912 in der Landwirtschaft 13,1, in der Industrie 10,7 Milliarden; 1924 in der Landwirtschaft 11,8, in der Industrie 9 Milliarden.

Nur eine kleine Gruppe impft der Oeffentlichkeit immer wieder Ueberschätzung der Ausfuhr ein: Der Zentralverband des deutschen Großhandels, die Hamburger Fleischeinfuhr-Gesellschaft, der Fachausschuß für Fleischversorgung, E. V., Hamburg (Organ der an der Schlachtvieh-, Fleisch- und Fetteinfuhr beteiligten Verbände), die Schiffahrtsgesellschaften, der Handelsvertragsverein, der Hansabund, der Deutsche Freihandelsbund. Ihr Einfluß in der Presse ist stark. Demgegenüber hat schon vor dem Kriege der Freisinnige Werner von Siemens gemahnt: „Wenn man es dahin bringt, daß an den Fenstern eines jeden Bauern- und Landarbeiterhauses Gardinen hängen, so ist das mehr wert als der ganze Export."

Ebenso hat während des Krieges Geheimrat Rieser (England und wir") ausgesprochen: „Unsere industrielle im wesentlichen aus Fabrikaten bestehende Ausfuhr hat von etwa 1882 ab einen im ganzen mehr abnehmenden Teil der deutschen industriellen Gesamtproduktion gebildet, seit ungefähr der gleichen Zeit hat sich die Aufnahmefähigkeit der deutschen Bevölkerung, also der innere Markt, rascher und kräftiger entwickelt als der äußere."

Der verstorbene Industrieführer Hugo Stinnes betonte gleichfalls: „Es muß möglich bleiben, auch auf dem kargen Sandboden der Mark Brandenburg Korn zu bauen, denn dieses arme Land ist der festeste Grund für unsere Zukunft."

Die Regierungsvorlage zeigt starke Imparität zugunsten der Industrie. Für die Landwirtschaft sind nur die Zölle von 1902 vorgesehen, sogar mit Uebergangsfrist. Der Reichstag muß es als Pflicht betrachten, hier Parität herzustellen.

Die Stärkung der Landwirtschaft ist der Schlüssel der deutschen Zukunft.

Börse und Handel.

Anhaltende Schwierigkeiten am Kapitalmarkt.

Da die Großbanken nicht sofort zum 1. Juli die ersten 40 Millionen Mark zur Stützung des Stinnes-Konzerns flüssig hatten, lombardierte die Preußische Staatsbank Effekten des Stinnes-Konzerns in der angegebenen Höhe. Der Lombardsatz beträgt 11 %, so daß die ersten Kredite der Firma Stinnes teuer zu stehen kommen. Auch sonst zeigten die Grobanken wenig Abgabeneigung; Ultimogeld, d. h. Gelder, die für 30 Tage zu vergeben sind, war nur mit 11½ % und darüber an der Börse zu haben. Die Reichsbank verkaufte, um der Wirtschaft Geld zuzuführen, 87 Millionen Reichsmark an Devisen. Die Bemühungen deutscher Institute, in den Vereinigten Staaten Kredite zu erhalten, hatten im allgemeinen wenig Erfolg. Nur die großen Kommunen, Berlin, Köln und neuerdings Bremen, haben Kredite erhalten. Es ist in Amerika genugsam bekannt, daß die Kommunen heute wieder über regelmäßige Einnahmen verfügen, während die Konzerne ungleich mehr zu kämpfen haben. In der schwierigsten Lage befinden sich nach wie vor die kleinen Gewerbetreibenden, denen der Geldmarkt so gut wie verschlossen ist. Wenn der kleine Mann — um auch das einmal zu erwähnen — mit an das Leihhaus wendet, muß er 5—6 % pro Monat bezahlen (vor dem Kriege 1—2 %), und trotzdem können selbst diese Institute infolge des auch bei ihnen bestehenden Kapitalmangels nicht sonderlich aufkommen.

Amtliche Berliner Notierungen vom 3. Juli.

* **Börsenbericht.** Nach vorübergehender Erholung war die Haltung überwiegend etwas schwächer. Ungünstig beeinflußt wurde diese Stimmung durch Meldungen über weitere Arbeiterentlassungen bei Thyssen und Rheinmetall, durch Gerüchte über den Stinnes-Konzern und über die Firma Krupp, die angeblich die Absicht haben soll, bei der Seehandlung einen Kredit von 20 Millionen nachzusuchen, vor allem aber durch die immer noch herrschende empfindliche Geldknappheit. Die Unsicherheit wurde noch erhöht durch Meldungen über Streikgefahr im Kohlengroßhandel und durch Nachrichten über die bevorstehende Kündigung des deutsch-spanischen Handelsvertrages.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,19—4,20; engl. Pfund 20,38 bis 20,44; holl. Gulden 168,09—168,51; Danzig 80,86 bis 81,06; franz. Frank 19,53—19,67; belg. 19,43—19,47; schweiz. 81,40—81,60; Italien 14,76—14,82; schwed. Krone 112,42—112,70; dän. 86,24—86,46; norweg. 76,60 bis 76,80; tschech. 12.43—12.47.

* **Massenabbau bei Thyssen.** In der vor kurzem in Hamborn abgehaltenen Direktionssitzung der Firma Thyssen wurde beschlossen, weitere 30 % der Beamten und Angestellten abzubauen. Diese Entlassungen erstrecken sich von den Direktoren bis zu den einfachsten Angestellten herab. Ferner soll die Hochofenanlage 7, die in diesen Tagen in Betrieb genommen werden sollte, nicht angeblasen werden. Verschiedene Hochöfen sind bereits außer Betrieb gesetzt; mehrere Filialen wurden aufgehoben oder zusammengelegt.

Kleine Nachrichten.

Ein Sachverständigenausschuß für die Agrarzölle.

Berlin, 3. Juli. Der Handelspolitische Ausschuß des Reichstags nahm in seiner heutigen Sitzung einen Antrag des sozialdemokratischen Abgeordneten Hilferding auf Einsetzung eines Sachverständigenausschusses zur Prüfung der Notwendigkeit der Agrarzölle an, sowie einen weiteren Antrag, die Arbeiten der Sachverständigen am 11. Juli zum Abschluß zu bringen. Der Ausschuß beschloß weiter, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, dem von jeder Partei ein Vertreter angehören soll und der die Zusammensetzung des Sachverständigenausschusses bestimmen und über den vorgelegten sozialdemokratischen Fragebogen verhandeln und entscheiden soll.

Intervention gegen das Moskauer Urteil.

Berlin, 3. Juli. Die Todesurteile des Moskauer Obersten Gerichtshofes gegen die drei deutschen Angeklagten, Dr. Kindermann und die Studenten Theodor Wolscht und v. Dittmar, haben in Berliner politischen Kreisen einen überaus peinlichen Eindruck gemacht. Das Auswärtige Amt hat regelmäßig durch seinen offiziellen Berichterstatter, der den Verhandlungen beiwohnte, Bericht erhalten. Es wird erwartet, daß auch der letzte durch Flugpost beförderte Bericht in kürzester Zeit hier eintreffen wird. Die Reichsregierung wird dann sofort ihre Beschlüsse über Schritte zugunsten der Verurteilten fassen.

Kein Verkauf der Schichau-Werft.

Danzig, 3. Juli. Das in Danzig und im Ausland verbreitete Gerücht, daß die Schichau-Werft an Ford verkauft sei, ist, wie die Direktion der Schichau-Werft mitteilt, vollkommen aus der Luft gegriffen und entspricht absolut nicht den Tatsachen. Der Verkauf der Schichau-Werft ist überhaupt niemals erwogen worden und auch eine Anfrage seitens Fords an Schichau ist niemals ergangen.

Dresdens Einwohnerzahl.

Dresden, 3. Juli. Die Volkszählung vom 16. Juni hat für die Stadt Dresden eine Einwohnerzahl von 608025 Personen ergeben. Hiervon sind 280800 männlich und 327225 weiblich. Gegenüber der Volkszählung vom Jahre 1919 hat Dresden an etwa 20000 Einwohnern zugenommen.

Was wollte Amundsen?

Oslo, 3. Juli. Amundsen gewährte einem Zeitungsvertreter eine Unterredung. Auf die Frage, ob er nicht Hunde und Schlitten als bestes Beförderungsmittel für einen Vorstoß zum Nordpol ansehe, erwiderte er, er habe sich persönlich nie für den eigentlichen Pol interessiert, nachdem Peary dort gewesen sei. Seine Flugexpedition sei als ein Vorstoß von Spitzbergen nach Alaska gedacht gewesen. Es habe sich aber gezeigt, daß Flugzeuge nicht für ein derartiges Unternehmen sich eignen. Über die Aussichten der geplanten deutschen Zeppelinexpedition könne er sich nicht äußern.

Freier Getreidehandel in Bulgarien.

Sofia, 3. Juli. Nach einer Verordnung der Regierung ist der Getreidehandel seit dem 1. Juli vollständig freigegeben.

Reste — Große Mengen liegen von — Reste

Montag früh ab zum Verkauf aus.

Durch diesen Verkauf biete ich meiner werten Kundschaft wieder ganz besondere Vorteile.

Gelegenheitskauf.

Großer Posten **Festons** Prima Qualität

in allen Breiten, zu außerordentlich billigen Preisen.

Hermann Kornblum
HAGEN I.W.

Statt besonderer Anzeige.



Wer treu gelebt
Bis ihm die Kraft gebricht,
Wer liebend stirbt,
Ja den vergißt man nicht.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen heute nachmittag 6¼ Uhr im Städt Krankenhaus zu Lüdenscheid nach kurzen, schweren, mit grosser Geduld ertragenen Leiden, unseren lieben Bruder, Schwager und Onkel

Schreinermeister

Wilhelm Förster

im Alter von 62 Jahren und 2 Monaten zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Ober-Herweg, Plettenberg, Halver, Schalksmühle, Elberfeld, den 3. Juli 1925.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 7. Juli nachm. 3½ Uhr vom Trauerhause Ober-Herweg aus statt.

Geschenk-Artikel!

Eß- und Kaffee-Service
in allen Zusammenstellungen.

Tee-Service	Obst-Service
Küchen-Garnituren	Bowlen
Blumenkübel	Likör-Service
Kakao-Kannen	Tabakdosen

Waschgarnituren
in sehr schöner Auswahl.

Wilh. Bell jr., Halver.

Auto-Garagen
im Winter heizbar, für unsere beiden großen **Reisewagen** für
sofort gesucht.
Kettling & Krüger,
Kunstanstalt
Schalksmühle.

Spazierstöcke
empfiehlt
Wilh. Bell jr.

Ia Woll- und Haarhüte
in allen Preislagen,
Klappzylinder mit u. ohne Leder.
Klub-, Flieger- und Sport-Mützen,
Bielefelder Oberhemden, Kragen, Vorhemden usw.
— Regenschirme u. Spazierstöcke, —
Normal- u. Mako-Wäsche
schwarz u. farbige **Glacéhandschuhe** für Damen und Herren.
Portemonaies, Taschenspiegel, Hosenträger, Taschentücher usw.
Krawatten u. Seidenbinder.
Nur das Neueste.

Fr. Kattwinkel,
Halver.

Oeffentlicher populär-wissenschaftlicher

Vortrag in Halver

über das Thema:

„Gesundheit und Lebenskraft durch galvanischen Schwachstrom."

am **Mittwoch, den 8. Juli** abds. 8 Uhr
im Saale **„Gasthof zur Post".**

Referent: Privatgelehrter N. J. Müller-Essen.

Entstehung und Wachstum des Menschen. — Stoffe und Kräfte. — Funktionen und Funktionsenergieen. — Gesundheit und Krankheit. — Neurastenie und Neuralgie. — Sexualnervenleiden, Hysterie und Hypochondrie. — Magen-, Darm- und Leberleiden. — Nieren- und Blasenkrankheiten. — Lungen- und Herzleiden. — Frauenkrankheiten. — Skrofulose und Rachitis.

Kranke und Leidende aller Art sowie deren Angehörige sind zu diesem hochwichtigen Aufklärungsvortrag in ihrem ureigenen Interesse herzlichst eingeladen.

Der weiteste Weg lohnt sich.

Freie Diskussion! **Eintritt frei!**

Bausteinfabrik G.m.b.H. Kierspe i.W.

Telefon: Amt Meinerzhagen 102. Lager am Wildenkuhlen.

Holz-, Kohlen-, Baustoffhandlung. Hoch- und Tiefbau.

Ziegelsteine	Rheinsand	Zement	Cementrohre	Spalierlatten
Schwemmsteine	Putzsand	Sackkalk	Tonrohre	Dachlatten
Bruchsteine	Schlackensand	Weißkalk	Krippenschalen	Schalbretter
Steinschlag	Bimskies	Löschkalk	Schweinetröge	Bord
Betonsplitt	Gartenkies	Wandplatten	Spülsteine	Bohlen
Cementdielen		Fußbodenplatten		Kirchensparren

Kohlen, Briketts, I Eisen.
Herstellung schlüsselfertiger Bauten.

Salatöl hell . .	Liter 1.10 M.
Schmalz . . .	Pfd. 0.92 M.
Margarine in Paketen	**Pfd. 0.55 M.**
Schweizer Käse . .	Pfd. 1.60 M.
Holländer Käse . .	Pfd. 0.95 M.
Edamer Käse . .	Pfd. 0.95 M.
Limburger Käse . .	Pfd. 0.90 M.
Dänische Milch . .	Dose 0.25 M.
Schweizer Alpenmilch	„ 0.38 M.
Kochmettwurst . .	Pfd. 0.84 M.
Ia Kristallzucker . . .	**Pfd. 0.35 M.**
Plattenzucker zum Einmachen	**Pfd. 0.45 M.**
Prima Weizenmehl, 5 Pfd. Beutel	1.40 M.
Neue Linsen . .	Pfd. 0.24 M.
Katharinapflaumen .	Pfd. 0.40 M.
Neue Apfelschnitten .	Pfd. 0.40 M.
Kaffee 2.00 2.20 2.60, 3.00, 3.80, 4.00	M.
Kakao, holländischer	Pfd. 0.48 M.
Reine Obstkonfitüren 2 Pfd.-Eimer	0.75 M.
Zuckerrübenkraut . .	Pfd. 0.18 M.
Stachelbeeren 2 Pfd-Dose	0.84 M.
Pflaumen in Zucker 2 Pfd.-Dose	0.84 M.
Frankfurter Apfelwein .	**Flasche 0.70 M.**
Blutroter Tarragona .	**Flasche 1.50 M.**
Prima Kernseife 10 Stück	0.75 M.
Fußbodenlackfarbe 2 Pfd.-Dose	1.20 M.

Alle anderen Lebensmittel zu äußerst billigen Preisen.

Ludwig Steinhäuser,
Lüdenscheid Hochstraße 15.

Personal-Anzeiger des Daheim.

Hierdurch geben wir bekannt, daß wir Stellen-Anzeigen (Angebote oder Gesuche), Pensions-Anerbieten und -Gesuche usw. für das Daheim zu Originalpreisen vermitteln.

Das Publikum hat nur nötig, den Anzeigentext in der Geschäftsstelle unseres Blattes, des Allgemeinen Anzeigers Halver abzugeben und die Anzeigengebühren zu entrichten. Die Expedition erfolgt prompt ohne Spesen für den Besteller, dem wir damit jede weitere Mühewaltung abnehmen.

Die Anzeigenpreise im Daheim sind im Vergleich zur großen Auflage niedrig und betragen gegenwärtig 80 Pf. für die einspaltige Druck-Zeile (7 Silben), bei Stellen-Gesuchen nur 60 Pf.

Das Daheim ist über ganz Deutschland und angrenzende Teile deutscher Zunge stark verbreitet. Sein weltbekannter, wöchentlich erscheinender Personal-Anzeiger führt Angebot und Nachfrage rasch und sicher zusammen.

Die Geschäftsstelle des
„Allgemeiner Anzeiger" Halver.

Inserieren bringt Gewinn!

Vaterl. Frauenverein Kierspe.

Die nächste
Zusammenkunft
findet am **Mittwoch, den 8. Juli** in **Berkenbaum** statt (Gasthof Vollmann).

Treffpunkt nachm. 3 Uhr am Vereinslokal in Kierspe

Um rege Beteiligung bittet

Der Vorstand.

Sohn achtbarer Eltern als
Lehrling
für unsere photografisch-technische Abteilung **gesucht.**
Gründliche Ausbildung im Laboratorium und in der Aufnahmetechnik durch erste Fachkräfte.
Persönliche Vorstellung erwünscht während der Bürostunden.
Kettling & Krüger,
Kunstanstalt
Schalksmühle.

Guterhaltener, großer, weißer
Kinderwagen
billig abzugeben.
Willy Jünger,
Kierspe-Bhf.
Hochstraße.

Korbflaschen
à 5, 10, 15, 20 und 25 Ltr.
empfiehlt
Aug. Vollmerhaus
Kierspe-Bhf.

Wäsche-Körbe
Reise-Körbe
Reise-Taschen
Einhol-Körbe
usw. usw.
empfiehlt
Wilh. Bell jr.
Halver.



Habe Montag, d 6.
Oldenb. Ferkel u. Läuferschweine
in Meinerzhagen.
Wilh. Faßbender,
Meinerzhagen.
Telefon 85